

Klaus R. Kunzmann

Stadtpolitik in Städten des Wissens

Weitgefasste Wissensarten und ihre räumlichen Konsequenzen

Die Entwicklung des Wissens ist eine, wenn nicht sogar die zentrale Aufgabe zukünftiger Stadtpolitik. Dies gilt nicht in traditionellen Universitätsstädten wie Leiden Delft, Oxford, Cambridge oder Heidelberg. Diese Aufgabe erfordert ein enges Zusammenwirken von im wesentlichen vier Gruppen der Gesellschaft: der Wirtschaft, der lokalen Hochschulen und Forschungsinstitute, der zivilen Gesellschaft, sowie von Politik und Verwaltung der lokalen Rathäuser. Wie nehmen diese vier Gruppen Einfluss auf eine Stadtpolitik, die das Wissen in der Stadt weiter entwickeln möchte?

Wissen ist der Treibstoff der Stadtentwicklung

Wissen, so die Hoffnung der Wissensgesellschaft, ist der Motor der Stadtentwicklung, jedenfalls einer der Motoren der Stadtentwicklung. Doch im Grunde ist es das Wissen der lokalen Wirtschaft, der eine Stadt Arbeitsplätze und Wohlstand verdankt. Ohne eine gesunde und innovative Wirtschaft kann keine Stadt die Lebensqualität ihrer Bürger nachhaltig sichern. Doch ohne immer wieder erneuertes und weiter entwickeltes Wissen kann auch die lokale Wirtschaft diese Aufgabe nicht wahrnehmen. Es ist das Wissen vor Ort, aber auch Wissen, das sich die Akteure der lokalen Wirtschaft von außen holen, sei es über innovative Arbeitskräfte und unternehmensinterne Forschung, über Unternehmensberater, Fachmessen oder die Informationskanäle ihrer Verbände. Innovatives Wissen ist der Treibstoff, welcher der Wirtschaft einer Stadt ihre Wettbewerbsfähigkeit erhält. Dies gilt nicht nur für Universitätsstädte wie Heidelberg, Göttingen oder Oxford, die auf eine lange Tradition zurückblicken können. Es gilt auch für Städte, in denen Universitäten erst nach der Einsicht gegründet wurden, dass zur Bewältigung des strukturellen Wandels in der digitalen Welt innovative, besser ausgebildete Arbeitskräfte benötigt werden. Bochum, Augsburg, Linz oder Kaiserslautern sind dafür gute Beispiele.

Während sich die lokalen Wissensrichtungen an einem Traditionsort der Aufmerksamkeit von Politik und Stadtbevölkerung sicher sein können, müssen sie sich diese an anderen, vor allem an metropolitanen Standorten mit vielen anderen Einrichtungen teilen.

Stadtentwicklungsplanung hat die Bedürfnisse der Bürger einer Stadt und die ihrer lokalen Wirtschaft zu befriedigen. Den Belangen der lokalen Wissensindustrien schenkte die Kommunalpolitik früher aus unterschiedlichen Gründen wenig Aufmerksamkeit gefunden. Den teils lagen die Hochschulen und Forschungsinstitute in der Verantwortung übergeordneter Handlungsebenen, bisweilen hatten sich die dort tätigen Wissensarbeiter wenig um Stadtpolitik gekümmert. Dabei ist Stadtentwicklungsplanung auch Wissensentwicklungsplanung, so wie Kulturpolitik auch Stadtpolitik ist. Nur wenige Städte haben sich bislang darum bemüht, Wissen zum Gegenstand kommunal politischer Initiativen zu machen.

Erst als der Stifterverband der deutschen Wissenschaft einen medienwirksamen Wettbewerb zum Thema „Stadt der Wissenschaft“ lancierte, wurden Akteure der Stadtpolitik wirklich auf die Thematik aufmerksam.¹⁾ Doch die Grenzen kommunaler Initiativen sind schnell erreicht, weil sich die Denkweisen der wesentlichen und einflussreichen Akteure der Stadtpolitik und jener der lokalen Wissensindustrien sehr unterscheiden und es wenig Anlässe gibt, um gemeinsam Wissensentwicklungsplanung in einer Stadt zu betreiben.

Noch etwas muss berücksichtigt werden: Die Stadt ist die unterste politische Handlungsebene. Sie ist eingebunden in regionale, nationale, europäische und globale Systeme und Netzwerke der Wissensentwicklung und Wissensvermittlung. Sie ist nur ein kleiner Mosaikstein im System der globalen Wissensgesellschaft, die von wirtschaftlichen und politischen Interessen gestaltet und getrieben wird.

Doch wie kommt die Stadt in einem von unterschiedlichen Interessen geleiteten Umfeld vom Wissen zum Handeln? Und welches Wissen treibt welche Ziele der Stadtentwicklung voran? Ist es das Wissen der Hochschulen und Forschungsinstitute, das Wissen der lokalen Wirtschaft und Unternehmen, das Wissen lokaler Politik, die sich auf die Kompetenz lokaler

1) <http://www.stadt-der-wissenschaft.de>, Zugriff am 15.11.2016

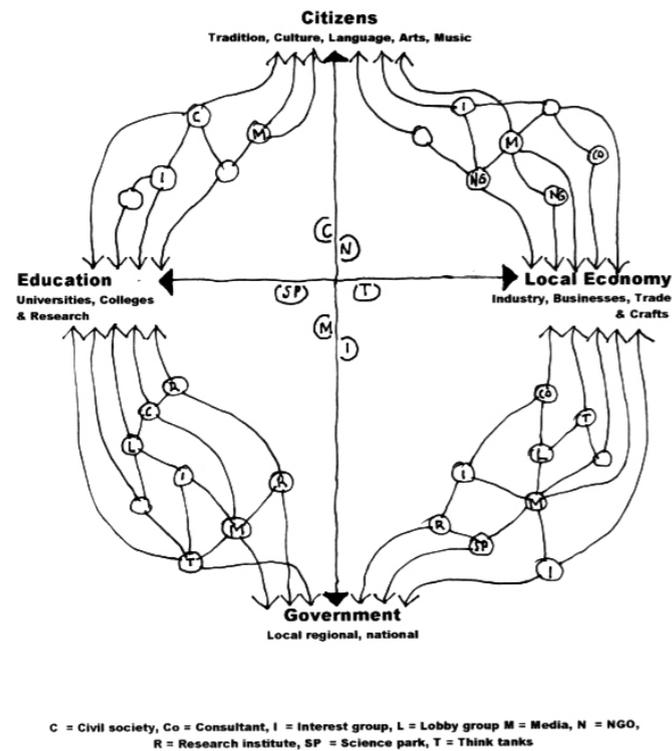


Abb 1 Die vier Säulen einer lokalen Wissensgesellschaft

Verwaltung verlässt und vorgibt, vor allem die Interessen der Stadtbewohner zu vertreten? Oder ist es das breite Wissen der Zivilgesellschaft, also aller Bewohner der Stadt? Wie wird das umfangreiche Wissen dieser vier Gruppen für die Stadtentwicklung genutzt? Welche Erfahrungen und Visionen der Stadtentwicklung haben diese vier Wissensgruppen vor Augen, wenn sie die Stadt voranbringen wollen? (siehe Abbildung 1)

Im Kontext von regionalen, nationalen, europäischen und globalen Handlungsfeldern kann eine Stadt lokale Wissens-Visionen nur begrenzt entwickeln und umsetzen. Wissensentwicklung kann der strategischen Stadtplanung neue Impulse geben. Doch als kommunalpolitisches Handlungsfeld muss dies jenseits der alltäglichen kommunalpolitischen Herausforderungen erst noch entdeckt werden.

Akteure in der Stadt: Gemeinsamkeiten und Konflikte

Selten bemühen sich die maßgeblichen vier Wissensträger einer Stadtgesellschaft darum, das lokale Wissen gemeinsam voranzubringen, denn ihre Interessen und Denkweisen unterscheiden sich doch meist erheblich. Trotzdem gibt es immer wieder lokale Allianzen, die Projekte vorantreiben, wenn es ihren Meinungsführern gelungen ist, die Öffentlichkeit und kommunalpolitische Gremien von ihren Projekten argumentativ oder durch die Aussicht auf großzügige finanzielle Zuwendungen durch nationale oder europäische Institutionen zu überzeugen. Aber es bedarf immer großer Anstrengungen, um argumentative Brücken zwischen die unterschiedlichen Interessen dieser Gruppen zu errichten, Vorurteile abzubauen oder gemeinsame strategische Allianzen einzugehen.

Der lokale Wissenskomples

Die Einrichtungen des lokalen Wissenskomples, die Universitäten, Forschungsinstitute und Technologieparks gleichen in der Regel einem Archipel im Meer des Wissens, dessen Inseln nur durch wenige Fähren und noch weniger über solide Brücken untereinander verbunden sind. Sie alle verfolgen ihre eigenen Interessen. Die Universitäten haben Vorgaben und Regelungen der jeweiligen Wissenschaftsministerien im Blick. Hochschul-Akkreditationen und internationale Rankings geben ihnen die Kriterien und Messdaten vor, die ihre hochschulpolitischen Ambitionen und Strategien bestimmen. Sie müssen sich um Studierende, qualifizierte Forscher und die Einwerbung von internationalen Forschungsmitteln kümmern, auch um internationale Netze. Dabei müssen sie die Interessen von Studierenden im Auge behalten und immer wieder viele hochschulinterne Konflikte um die Verteilung von Ressourcen bewältigen. Das mit dem Profil der Hochschule, des Forschungsinstituts oder des Wissenschaftsparks verbundene nationale und internationale Image ist meist wichtiger als die Kooperation mit anderen Wissensrichtungen am Ort. Kooperation vor Ort erfolgt nur dann, wenn es gilt, strategische Allianzen einzugehen. Die Exzellenzinitiative der Bundesregierung in Deutschland beispielsweise ermutigt nicht dazu, gemeinsame lokale Allianzen am Ort mit Fachhochschulen oder lokalen Gruppen der Zivilgesellschaft einzugehen. Strategische Kooperationen mit der Wirtschaft werden von technischen Fakultäten begrüßt, aber von sozialwissenschaftlichen Fakultäten in der Regel mit Misstrauen betrachtet. Bei der Entwicklung von Wissenschaftsparks ist die Unterstützung durch übergeordnete Institutionen, wie den Max-Planck-, Helmholtz-, Leibniz – oder Fraunhofer- Gesellschaften unverzichtbar. Die Stadt ist meist nur dann Adressat, wenn es um den Erwerb von Grundstücken und planungsrechtliche Genehmigungen geht, oder um die Zugänglichkeit von Wissensrichtungen durch öffentlichen, aber auch des individuellen Personennahverkehrs oder um studentisches Wohnens und die städtebauliche Gestaltung der Erweiterung der bestehenden Wissensareale geht. Zwar werden in vielen Städten die Interessen und Belange im Rahmen von Routinegesprächen zwischen den Spitzen von Politik, Verwaltung und Wissensrichtungen zur Sprache gebracht, doch auch diese Gespräche ändern nur wenig an den jeweiligen Prioritäten und den darauf beruhenden tagespolitischen Entscheidungen. Die Hochschulen haben in der Regel auch keine Abteilungen, die sich um kontinuierliche Kontakte mit der Kommunalpolitik kümmern. An den Hochschulen eingerichtete Transferinstitutionen, die das Wissen der Hochschulen in die Wirtschaft bringen, haben meist keine besondere Bedeutung für die Hochschulpolitik. Kooperationen mit der zivilen Gesellschaft sind der Initiative einzelner Angehöriger des Wissenschaftsbetriebes überlassen. Gelegentliche Wissenschaftstage, wie sie von manchen Städten in Szene gesetzt werden, zielen darauf ab, Brücken zur Stadtgesellschaft zu schlagen. Doch sie schaffen in der Regel nur wenige nachhaltige Bindungen.

Die lokale Wirtschaft

Die Herausforderungen der Wirtschaft in einer Stadt stehen im Kontext globaler oder regionaler Märkte. Die Akteure der lokalen Wirtschaft – und die sie vertretenden Verbände und Vereinigungen – haben daher nur dann Interesse an der Zusammenarbeit mit den lokalen Wissensrichtungen, wenn dies für ihre wirtschaftlichen und betrieblichen Interessen förderlich ist. Nur wenn es darum geht, Arbeitsplätze für die innovative Weiterentwicklung lokaler Produktions- und Dienstleistungsaktivitäten zu sichern beziehungsweise den lokalen Arbeitsmarkt für Absolventen der Hochschulen zu fördern, entwickeln sich Anliegen, welche die lokale Wirtschaft mit Institutionen des Wissenskomples vor Ort zusammenbringt. Kooperationen werden mit einzelnen Instituten und Forschern gepflegt, nicht mit der Universität als Ganzes. Wenn betriebliche Interessen mit Kompetenzfeldern des Wissenskomples übereinstimmen, wird Wissen über angewandte Forschungs- und Entwicklungsprojekte, über wissenschaftliche Arbeiten oder über Praktikanten transferiert. Erst in jüngster Zeit hat die Berufung von Vertretern der Wirtschaft in universitäre Aufsichtsgremien den Informationsaustausch zwischen den beiden Gruppen verbessert. Auch Wissenschaftsparks bringen Hochschulen und Wirtschaft vor Ort zusammen. Innovative Studiengänge einer

Tabelle 1: Wissen als Stadtvision in europäischen Städten

Stadt	Wissen als Stadtvision	Motoren der Entwicklung	Innerstädtische Standorte der Wissensentwicklung	Herausforderungen & Konflikte
Basel	Die Stadt als globaler Standort für Lebenswissenschaften	Unternehmen (Novartis), Funktionale Kooperation mit der Universität Unterstützung durch den Kanton Basel	Architektonische Leuchtturmprojekte auf dem Firmengelände	Dominanz des Pharmakonzerns Kaum Widerstand der Stadt, aber Opposition durch Zivilgesellschaft im Umfeld
Eindhoven	Entwicklung der Stadt zum Wissenshafen „brainport“ des Landes	Phillips mit Unterstützung nationaler und regionaler Politiken	Umstrukturierung des industriellen Werkgeländes	Struktureller Wandel der lokalen Stadtwirtschaft
Wien	Wissen ist ein politisch stark gefördertes Politikfeld des Landes und zentraler Faktor der Stadtentwicklung	Stadt Wien und etablierte Hochschulen	Neubau der Wirtschaftsuniversität als architektonisch attraktiver Campus am Rande der Innenstadt Wissenschaftspark in der Donau City	Erweiterung an Alt-Standorten in der Innenstadt
Zürich	Weiterer Ausbau der lokalen Wissenslandschaft zum Exzellenz-Knoten der globalen Wissensgesellschaft	Die Hochschulen in Kooperation mit der Stadtregierung	Innenstadtentwicklung der Wissenssorte Science City Campusentwicklung am Stadtrand (ETH)	Verdrängung von Wohnnutzungen und urbane Verdichtung. Bedenken der Zivilgesellschaft. Zugänglichkeit und urbane Defizite
Luxemburg	Neues Profil als internationaler Wissensstandort	Regierung des Fürstentums Luxemburg	Umstrukturierung eines still gelegten Stahlwerks Funktionale Mischung von Universität, Wissenseinrichtungen, Ausgründungen, Büros und Wohnungen	Top-down Planung ohne ausreichende Abstimmung mit lokalen Verwaltungen sowohl in Luxemburg als auch in Frankreich
Paris	Entwicklung eines europäischen, aber deutlich französisch geprägten Gegenpols zur Innovationslandschaft in den USA (Kalifornien)	Nationale Regierung	Bau komplexer Wissenschaftsstädte und Campus-Universitäten in der Stadtregion, aber auch Ausbau an Alt-Standorten	Widerstände von lokalen Gebietskörperschaften
Stockholm	Weiterer Ausbau der lokalen Wissenslandschaft zum globalen Exzellenz-Knoten der Lebenswissenschaften	Stadt Stockholm mit großer Unterstützung der nationalen Regierung	Neubau von urbanen nachhaltigen und architektonisch anspruchsvollen Wissensorten am Rande der Innenstadt	Keine Widerstände der zivilen Gesellschaft

gegenüber der hegemonialen angloamerikanischen Wissenswelt an Bedeutung verlieren. Die unterschiedlichen Strategien einer kleinen Auswahl von Städten in Europa sind in Tabelle 1 unter vier Fragen kurz dargestellt.

Welchen Stellenwert hat Wissen in der Stadtpolitik?

Viele große europäische Städte haben erkannt, dass Wissen ein wichtiges stadtentwicklungspolitisches Handlungsfeld ist, das sie mit viel Engagement und finanziellem Aufwand betreiben müssen, wenn sie Strategien für die Zukunft entwickeln. Die jeweiligen Stärken der Städte sind meist der Ausgangspunkt. Auf den Märkten der Lebenswissenschaften und ICT-Technologien ruhen die Hoffnungen, um im globalen Wettbewerb internationale Aufmerksamkeit zu erregen, um die besten ForscherInnen und Studierenden, um qualifizierte Arbeitskräfte sowie Investoren und GründerInnen anzulocken.

Wer sind die maßgeblichen Akteure?

Meistens treiben die Städte in enger Zusammenarbeit mit nationalen Regierungen den Ausbau von lokalen Wissensorten voran. Im Kontext nationaler Politik können die Städte in der Regel auf starke Unterstützung „von oben“ rechnen. In Paris oder in Luxemburg ist es, der

politischen Tradition folgend, die nationale Ebene, die die Wissensentwicklung an bevorzugten Orten vorantreibt, in Wien, Stockholm oder Zürich sind es die starken Städte selbst. Ein Sonderfall ist der Ausbau eines privaten Wissenskomplexes durch ein globales Unternehmen der Pharmaindustrie wie Novartis in Basel.

Welche räumlichen Prioritäten werden gesetzt?

Wo immer lokale Bedingungen es erlauben und die erforderlichen Grundstücke vorhanden sind oder erworben werden können, wird der Ausbau von Wissensorten an bestehenden Altstandorten in Innenstadtnähe vorangetrieben. Denn Erfahrungen zeigen, dass die Wissensarbeiter ein gut zugängliches und lebendiges urbanes Umfeld gegenüber Standorten am Stadtrand bevorzugen, aber auch weil Wissen in der Stadt sichtbar sein soll. Auf die architektonische Attraktivität wird dabei ebenso Wert gelegt wie auf ökologische Nachhaltigkeit. Wo stadtferne Wissenssorte vor Jahren entwickelt wurden – wie beispielsweise in Zürich oder auch in Marne La Vallée bei Paris – werden die Standorte mit großem Aufwand nachträglich zu lebendigen, funktional gemischten Wissensquartieren umstrukturiert. Ein besonders kreatives und mutiges Beispiel dafür ist die Umnutzung eines Stahlindustrie-Areals in Luxemburg. Bedauerlicherweise wurde eine derartige Chance vor vierzig Jahren im Ruhrgebiet vertan!

Welche Konflikte müssen bewältigt werden?

Konflikte bleiben nicht aus, wenn europäische Städte als globale Wissensorte zu entwickeln sind. Denn es geht um Verteilungspolitik, Finanzen und die Nutzung bebaubarer Flächen. Es sind Konflikte mit Bewohnern, deren tradierte Lebensräume durch die Entwicklung oder Verdichtung bestehender Hochschulen verändert werden, wie dies beispielsweise in Zürich der Fall ist. Es sind Konflikte mit etablierten politischen Milieus vor Ort, die ahnen, dass sie durch andere Akteure und politische Netzwerke verdrängt werden – wie in Luxemburg. Es sind Spannungen zwischen den Hochschulen, die wissen, dass sie kooperieren müssen, aber nicht gerne auf etablierte Privilegien verzichten wollen. Aber auch Spannungen zwischen denen, die auf eine architektonisch anspruchsvolle Entwicklung von Wissensorten Wert legen, und denen, die aus finanziellen Gründen eher einfache, beziehungsweise banale funktionale Bauweisen bevorzugen.

Immer mehr Städten und Stadtregionen ist bewusst, dass sie sich der Wissensentwicklung und der vierten industriellen Revolution stellen müssen. Sie setzen neue Prioritäten, um ihr Wissensprofil zu schärfen. Dafür finden sich Akteure, die diese Entwicklung vorantreiben. Aber dafür müssen diejenigen überzeugt werden, die den langfristigen Nutzen der Wissensentwicklung nicht sehen und befürchten, durch neue politische Prioritäten in ihrem Wohlstand benachteiligt zu werden.

Fazit: Wie geht es weiter?

Die kurze Darstellung der an der Entwicklung von Wissensorten beteiligten Gruppen und der selektive Blick über den deutschen Zaun zeigen, dass sich die Wissenslandschaft an vielen Orten in Europa immer mehr vom Humboldtschen Bildungsideal entfernt. Sie zeigt, dass der wirtschaftlich motivierte Wettbewerb der Städte und Stadtregionen in Europa auch zu einem Wettbewerb der lokalen beziehungsweise regionalen Wissenskomplexe geworden ist. Sie macht aber auch deutlich, dass lokale Wissenslandschaften immer offensichtlicher von marktwirtschaftlichen Interessen beherrscht werden. Vor allem große Städte bemühen sich um globale Bedeutung, um Image, Exzellenz und um innovative lokale Wirtschaftsentwicklung, um die besten Studierenden und Lehrenden, um innovative Gründer und um multifunktionale, architektonisch attraktive und ökologisch nachhaltige Wissensorte. Das viel zitierte Triple-Helix-Konzept zur Entwicklung der Wissensgesellschaft, also der formalisierte Dreiklang von Hochschule, Wirtschaft und Staat, bestimmt dabei immer mehr lokale und regionale Strategien der Politik. Nur durch das Zusammenwirken von Hochschulen, Wirtschaft

und Staat das Potenzial für Innovation und wirtschaftliche Entwicklung in einer Gesellschaft genutzt werden kann. Nur dadurch lassen sich neue institutionelle Formen entwickeln, die man dafür braucht. Die zivile Gesellschaft als vierte Gruppe der Wissensgesellschaft wird in diesem Konzept oft vernachlässigt, wenn nicht sogar verdrängt – vielleicht, weil viele aktive Mitglieder der Zivilgesellschaft selbst Angehörige der lokalen Wissensgesellschaft sind. Dabei ist diese Gruppe ebenso wichtiger Akteur der Wissensentwicklungspolitik, denn was tun die Städte nicht alles, um die Bevölkerung auf die Bedeutung des Wissens für die Stadtentwicklung aufmerksam zu machen und die verschlossenen Elfenbeintürme zu öffnen.

Regionale Kooperationen zur Wissensentwicklung

Einzelne traditionsreiche Universitätsstädte werden durch diese Entwicklung ihre akademische Bedeutung nicht verlieren. Doch neue Wirtschaftskraft werden sie nur schöpfen, wenn sie in größere Stadtregionen und ihre Wirtschaft eingebunden werden. Große europäische Städte weiten sich seit der Wende zum 21. Jahrhundert im Kontext globaler Konkurrenz enorm aus. In Deutschland konzentriert sich die wirtschaftliche Entwicklung immer mehr auf elf Metropolregionen. In Frankreich wehren sich Städteverbände im Norden und in der Mitte des Landes gegen die Vormacht von Paris. In China werden Megaregionen mit mehr als fünfzig Millionen Einwohnern gezielt entwickelt und riesige Wissenskomplexe gebildet und stellen sich dem Wettbewerb mit westlichen Wissensgesellschaften. Dies spiegelt auch die Entwicklung wieder, dass nicht mehr einzelne Städte, sondern multipolare Metropolen beziehungsweise Stadtregionen im globalen Maßstab wahrgenommen werden. Auch in deutschen Stadtregionen wird es in Zukunft immer mehr darauf ankommen, dass sich einzelne Wissensinstitutionen zusammen tun und Universitätsverbände eingehen, die dann als strategische Allianzen Einfluss auf übergeordnete Entscheidungsträger und Gremien nehmen. Doch nur große Städte und Stadtregionen können sich den kommunikativen und strategischen Aufwand leisten, umfassende lokale oder besser regionale Wissensstrategien zu erarbeiten und umzusetzen.

Einmal mehr: Big Data

Die große Sorge um die Zukunft von Wirtschaft und Beschäftigung in einer Welt, in der die Potentiale und Folgewirkungen der vierten technologische Revolution, also der Welt von Big Data und dem Internet der Dinge, zukünftige Lebens- und Arbeitswelten in Städten bestimmen werden, wird lokale, regionale sowie nationale und internationale Institutionen zwingen, sich um alle Dimensionen der Wissensentwicklung zu kümmern, die in der Regel erst vor Ort erfahrbar und sichtbar werden. Die Transformation von der Industriegesellschaft in eine Wissensgesellschaft wird erhebliche strukturelle Veränderungen der Arbeitswelten in Städten zur Folge haben. Die Städte sind gezwungen, sich noch mehr um die weichen Standortfaktoren als um den weiteren Ausbau der harten Infrastruktur zu kümmern – und zwar in einem Kontext, der durch Widersprüche zwischen Globalisierung und einer von nationalistischen Ängsten beherrschten Lokalisierung gekennzeichnet ist.

Die ökonomisierte Wissenschaft

In einer von Kräften des Marktes und Prinzipien der Marktwirtschaft immer mehr beherrschten Stadtpolitik wird zukünftige Stadtentwicklung den Ausgleich zwischen der weiteren Modernisierung der kommunalen Infrastruktur, der Verbesserung der Lebensqualität und der Sicherung von Arbeitsplätzen suchen müssen. Dem weiteren Ausbau der stadtreionalen Wissenslandschaften wird dabei eine zentrale und vor allem katalytische Rolle zukommen, denn dort werden sich die Arbeitsplätze der Zukunft konzentrieren. Stadtentwicklungsplanung wird zunehmend den Charakter einer umfassenden Wissensentwicklungsplanung erhalten, die zukünftige Wissensorte in der Stadt auf die post-industrielle und digitalisierte Zukunft vorbereitet und dabei die erforderlichen kommunikativen Prozesse der daran beteiligten vier Motoren der Wissensentwicklung moderiert oder auch koordiniert. Wichtig ist dabei das Wissen um die Komplexität der Regelungen auf den unterschiedlichen politischen Entschei-

dungs- und Handlungsebenen sowie im Spannungsfeld von Markt und staatlicher Vorsorge. Die räumliche Umsetzung der Wissensstrategien im Rahmen lokaler Strategien wird dabei immer mehr durch privatwirtschaftlich motivierte und handelnde Kräfte dominiert.

Zusätzlich werden immer mehr Einrichtungen, die zwischen Staat und Markt agieren, – also Stiftungen oder privatwirtschaftlich organisierte Gesellschaften in öffentlicher Trägerschaft – auf dem Gebiet der kommunalen Wissensentwicklung tätig werden müssen. Denn die Gesellschaft wird dem öffentlichen Sektor immer weniger Mittel zugestehen, um die Wissenslandschaft zu gestalten. Doch eines wird immer im Vordergrund stehen müssen: Wissensorte in der Stadt, in der Stadtregion, müssen sichtbare, leicht zugängliche und multifunktionale Lebens- und Arbeitswelten sein, in denen die immer besser qualifizierten Bewohner gerne leben und arbeiten. Dies sicher zu stellen, muss vorrangige Aufgabe des öffentlichen Sektors bleiben. Den Akteuren der Wirtschaft kann dies nicht überlassen werden.

Auf dem letzten Weltwirtschaftsforum in Davos, einem Forum, das die globale Meinungsbildung von politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträgern sehr beeinflusst, wurde im Jahre 2016 ein Bericht zur Zukunft der Arbeit vorgelegt. (WEF 2016). Darin heißt es: “The current technological revolution need not become a race between humans and machines but rather an opportunity for work to truly become a channel through which people recognize their full potential. To ensure that we achieve this vision, we must become more specific and much faster in understanding the changes underway and cognizant of our collective responsibility to lead our businesses and communities through this transformative moment.”

Die Wissensgesellschaft muss dafür nicht nur wirtschaftliche, sondern auch sozial- und umweltverträgliche Antworten vor Ort finden. ■

Klaus R. Kunzmann

1942 in Karlsruhe geboren. Studium der Architektur und Stadtplanung in München. 1967-71 Zusammenarbeit mit Rudolf Wurzer an der TU Wien, danach in einem Planungsbüro in Düsseldorf tätig. 1974-2006 Professor für Raumplanung an der TU Dortmund. Gastprofessuren am MIT, an der ETH Zürich, in China und Taiwan. Berater der Europäischen Union und der OECD. Zahlreiche Veröffentlichungen zur zukünftigen Entwicklung europäischer Städte. Klaus R. Kunzmann lebt in Potsdam.